



Medienmitteilung

Datum: 22. Mai 2026

Wirtschaft und Behörden treiben Berufsintegration gemeinsam voran

Bundesrat Beat Jans hat sich am 22. Mai 2026 mit Vertreterinnen und Vertretern grosser Unternehmen, den Spitzen der Sozialpartner und der Kantonsregierungen getroffen, um sich über erfolgsversprechende Ansätze bei der beruflichen Integration von Stellensuchenden auszutauschen. Ein besonderer Fokus lag auf einer systematischen Zusammenarbeit bei der beruflichen Integration von Geflüchteten. Dazu soll die digitale Stellenplattform und Beratungsstelle Path2Work lanciert werden.

Am 22. Mai 2026 hat Bundesrat Jans zum zweiten Mal zu einem Austausch mit den Spitzen ausgewählter Unternehmen sowie Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Kantonen, Sozialpartnern, Branchenorganisationen und der Zivilgesellschaft eingeladen. Ziel des Treffens war eine Diskussion über eine bessere Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials – insbesondere auch der stellensuchenden Geflüchteten. Ein erster solcher Austausch hatte im Februar 2025 stattgefunden.

Staatliche Unterstützungsstrukturen

Für die Förderung der beruflichen Integration von Personen aus dem Asylbereich sind die Kantone zuständig, der Bund unterstützt sie dabei. Grundsätzlich gelinge die Integration von Stellensuchenden in der Schweiz gut, sagte Bundesrat Beat Jans. «Wiedereinsteigerinnen, älteren Arbeitnehmenden und insbesondere Geflüchteten fällt der Zugang zum Arbeitsmarkt aber oft nicht leicht. Sie brauchen daher gezielte Unterstützung».

Dazu bereiten Kantone und Gemeinden die stellensuchenden Geflüchteten unter anderem mit Jobcoaching und Sprachförderung auf den Arbeitsmarkt vor. Anschliessend suchen betroffene Personen direkt oder mit Unterstützung der Regionalen Arbeitsvermittlungsstellen RAV, eine Stelle.

Dabei braucht es auch die Wirtschaft. Der Vizepräsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), der Berner Regierungsrat Christoph Ammann, betonte bei dem Treffen: «Die Offenheit der Unternehmen, eine Extrameile zu gehen und die berufliche Integration als Investition zu sehen, ist für deren Erfolg zentral».

Unternehmen und Branchen engagieren sich

Die Teilnehmenden diskutieren bei dem Austausch verschiedene Beispiele, wie sich die Rekrutierung und Ausbildung noch besser auf inländische Stellensuchende ausrichten lässt. «Ein Fokus unserer Arbeit liegt auf der Reintegration interner Mitarbeitender in den ersten Arbeitsmarkt. Darüber hinaus engagieren wir uns gezielt für Quereinsteigende, Geflüchtete, Menschen mit Beeinträchtigungen oder ohne Berufsabschluss», sagte Adi Bucher von der SBB.

Ein Weg, den Zugang zu verbessern, können von der Branche getragene Fachkurse sein. «Unsere Branche braucht Fachkräfte. Wir wollen das Inländerpotenzial besser ausschöpfen, um weniger von Arbeitskräften aus dem Ausland abhängig zu sein. Wir prüfen mit den Sozialpartnern einheitlicheres Vorgehen für Branchenkurse und werden dazu bald auch ein Pilotprojekt lancieren. Ziel ist es, dass möglichst viele Personen einen Berufsabschluss erlangen», sagte Beat Imhof von GastroSuisse.

Auch Gallus Bürgisser, Vize-Direktor des Schweizer Nutzfahrzeugverbands ASTAG, verweist auf ein Pilotprojekt: «Der Erwerb des Lastwagenfahrer-Ausweises ist anspruchsvoll. Damit geeignete und motivierte Personen rascher bei uns einsteigen können, haben wir ein digitales eLearning-Angebot sowie ein gezieltes Ausbildungsmodell entwickelt. Das Programm wird derzeit in den Kantonen Fribourg und Aargau getestet.» Auch weitere Branchen prüfen, solche Zertifikatslehrgänge auf nationaler Ebene zu entwickeln und dabei Ansätze von bereits bestehenden kantonalen Angeboten aufzugreifen.

Digitale Unterstützung

Einig waren sich die Teilnehmenden, dass die Integration am besten gelingt, wenn Staat und Wirtschaft enger zusammenarbeiten. «Die Vermittlung von Geflüchteten oder anderen inländischen Stellensuchenden gelingt dann am besten, wenn unbürokratische und direkte Kontakte und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit entstehen», sagte Bundesrat Beat Jans. Auch dem Bund komme hier eine Rolle zu, diese Prozesse auf nationaler Ebene zu unterstützen.

Am Austausch dabei war auch der Verein Path2Work, der aus einem Forschungsprojekt der ETH und der Universität Lausanne entstanden ist. Path2Work betreibt eine digitale Stellenplattform sowie eine Beratungsstelle. Das Projekt kann daher auf nationaler Ebene zur Vernetzung von Unternehmen, Branchen, den Geflüchteten sowie den kantonalen Behörden und Stellen beitragen.

Der Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, Severin Moser, betonte: «Digitale Lösungen können zu einer besseren Vermittlung beitragen». Auch Daniela Schneeberger, Vizepräsidentin des Schweizer Gewerbeverbandes wies auf die Chancen einer nationalen Stelle und Plattform hin. Während einer

dreijährigen Pilotphase wollen der Schweizerische Arbeitgeberverband und der Schweizerische Gewerbeverband Path2Work gemeinsam mit anderen Akteuren der Wirtschaft mitunterstützen und damit der beruflichen Integration weiteren Schub verleihen.

Kontakt/Rückfragen: Kommunikationsdienst GS-EJPD, info@ejpd.admin.ch; 058 462 18 18

Herausgeber: EJPD